

Verhandlungsschrift

Nr. 2/2013

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am Freitag, den 19.04.2013.

Sitzungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes in Salzburger Straße 9

Anwesende:

1. Bürgermeister	Rippl	Erich
2. VBM	Reitsamer	Robert
3. Gemeindevorstand	Pendelin	Erika
4. Gemeindevorstand	Reitmann	Michael
5. Gemeindevorstand	Standl	Franz
6. Gemeindevorstand	Weber	Michael
7. Gemeinderat	Weinberger	Herbert
8. Gemeinderat	Altmann	Anna
9. Gemeinderat	Mayer	Johann
10. Gemeinderat	Gitschner	Herta
11. Gemeinderat	Haslauer	Manuela
12. Gemeinderat	Blechinger	Roswitha
13. Gemeinderat	Mayer	Helmut
14. Gemeinderat	Voggenberger	Franz
15. Gemeinderat	Schinwald	Josef
16. Gemeinderat	Muigg	Martin
17. Gemeinderat	Priewasser	Horst
18. Gemeinderat	Mayer	Thomas
19. Gemeinderat	Winkelmeier	Johann
20. Gemeinderat	Hager	Johann
21. GREM	Schindlauer	Irmgard (für GR Pendelin Hermann)
22. GREM	Henschel	Simone (für GR Klinger Martin)
23. GREM	Pöckl	Franz (für GR Schwenn Gabriele)
24. GREM	Lugstein	Josef (für GR Anzinger Norbert)
25. GREM	Thür	Karin (für GV Schwaiger Wolfgang)

Es fehlen:

- GR Klinger Martin (entschuldigt) – dafür GREM Schindlauer Irmgard
- GR Pendelin Hermann (entschuldigt) – dafür GREM Henschel Simone
- GR Schwenn Gabriele (entschuldigt) – dafür GREM Pöckl Franz
- GR Anzinger Norbert (entschuldigt) – dafür GREM Lugstein Josef
- GV Schwaiger Wolfgang (entschuldigt) – dafür GREM Thür Karin

Der BM stellt fest, dass

1. die Sitzung von ihm einberufen wurde,
2. die Verständigung hierzu rechtzeitig und schriftlich an alle Mitglieder ergangen ist und der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 O.Ö. GemO 1990) enthalten ist. Die Kundmachung (**ANLAGE 1**) gemäß § 53 Abs. 4 O.ö. GemO 1990 am 30.01.2013 durch Anschlag an der Amtstafel erfolgte,
3. die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Der BM weist darauf hin, dass das Sitzungsprotokoll der GR-Sitzung Nr. 1 vom 08.02.2013 bis zur heutigen Sitzung während der Arbeitsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Zum Schriftführer für diese Sitzung wird Herbert Nagl bestimmt.

Bei der heutigen Sitzung wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Genehmigung des Flächenwidmungsplanes und des ÖEK
2. Genehmigung des Pachtvertrages mit der Österr. Bundesforste AG
3. Genehmigung des Kaufvertrages mit ÖBB bezüglich Gst. Nr. 985/4 und Teilfläche 985/20, KG Krenwald
4. Genehmigung eines Pachtvertrages und Grundtauses mit Fam. Anglberger
 - a) Pachtvertrag Bahntrasse
 - b) Grundtausch Kühbichlerstraße
5. Verlegung Alte Römerstraße – Beschluss einer Verordnung
6. Entscheidung über die Übernahme einer Teilfläche des Gst.Nr. 582/14, KG Heiligenstatt
7. Festlegung des Straßenbauprogrammes und des Kanalbauprogrammes 2013
8. Änderung der Einheitssatzverordnung für die Berechnung der Verkehrsflächenbeiträge
9. Entscheidung über die Teilnahme der Gemeinde Lengau über die aktive Teilnahme an der Entwicklung der Regionsstrategie für die Bewerbung „LEADER 2014-2020“.
10. Entscheidung über die weitere Mitgliedschaft in der Inn-Salzach-Euregio
11. Bestellung eines Pflichtbereichskommandanten und eines Stellvertreters
12. Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Gehsteiges entlang der B 147 beim Dienstleistungszentrum Friedburg
13. Antrag ÖVP auf Sicherung am Weg zum Kindergarten und zur Schule
14. SPÖ-Fraktion – Nachwahl eines Mitgliedes und Wahl eines Obmannes für den Ausschuss für Umwelt-, Energie und Zukunft
15. Allfälliges

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der BM DI Poppinger und informiert, dass dieser zu Tagesordnungspunkt 1 für Informationen zur Verfügung steht.

TAGESORDNUNG, BERATUNG UND BESCHLÜSSE

1. Genehmigung des Flächenwidmungsplanes und des ÖEK

Der BM informiert, dass in der Zeit vom 21.11.2011 bis 19.12.2011 mit Kundmachung der Gemeinde darauf hingewiesen wurde, dass das Örtliche Entwicklungskonzept und der Flächenwidmungsplan der Gemeinde Lengau neu erstellt werden. In der Zeit von 21.11.2011 bis einschließlich 19.12.2011 wurde darauf hingewiesen, dass jeder, der ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht, bis 19.12.2011 seine Planungsinteressen dem Gemeindeamt schriftlich bekannt geben kann.

Der BM ruft in Erinnerung, dass Veranstaltungen am 16.11.2011 im Gasthaus Jägerwirt und am 06.06.2012 in der Hauptschule zum Thema Erstellung des ÖEK durchgeführt wurden. Zusätzlich wurden Gespräche mit Grundeigentümern durch Arch. Poppinger geführt. Die dabei vorgebrachten Wünsche und Anregungen wurden, so weit als möglich, in das ÖEK eingearbeitet. Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Raumordnungsausschusses und bei DI Poppinger für die geleistete Arbeit bei den Präsentationen und in den verschiedenen Ausschusssitzungen.

Die Planung wurde auf den bestehenden Widmungen aufgebaut, welche bereits vorhanden waren. Im bestehenden Konzept sind bereits 37 ha für betriebliche Zwecke und 67 ha für Wohnzwecke ausgewiesen. Die Kunst war ein überarbeitetes Konzept zu schaffen, wobei neue Möglichkeiten geschaffen werden sollten, ohne zu stark in den Bestand einzugreifen. Bei der Vorbegutachtung durch Vertreter des Landes konnte festgestellt werden, dass das ausgearbeitete Konzept großteils akzeptiert wurde. In der Sitzung des Raumordnungsausschusses am 10.04.2013 wurde dem Gemeinderat mehrheitlich empfohlen, das ÖEK und den Flächenwidmungsplan zu genehmigen.

Es wurden 63 Einwendungen eingebracht, welche durch den Raumordnungsausschuss bearbeitet wurden. Er lobt die professionelle Arbeit von DI Poppinger und den Ausschussmitgliedern.

Den Fraktionen wurden ein Flächenwidmungsplan, ein ÖEK, ein Textteil zum ÖEK und ein Erläuterungsbericht zu den einzelnen Umwidmungen zur Verfügung gestellt. Im Erläuterungsbericht ist begründet, warum einzelne Ausweisungen im ÖEK bzw. Flächenwidmungsplan erfolgt sind.

Durch Frau Maria Fuchs (**ANLAGE 2**) und Herrn Ing. Ernst Pidner (**ANLAGE 3**) wurden generelle Einwendungen zur Erstellung des ÖEK eingebracht, welche den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurden. Die Einwendung von Frau Fuchs ist erst am 19.04.2013 beim Gemeindeamt eingelangt und daher verspätet eingebracht. Die Einwendung von Ing. Pidner wurde ebenfalls außerhalb der Einwendungsfrist eingebracht.

DI Poppinger informiert, dass in der Endphase noch einige Änderungen stattgefunden haben. Die flächenmäßig Größte ist das Wohn- bzw. Betriebsbaugebiet der ÖBF und die Betriebsbaugebietsausweisung Schinagl in Lengau. Auf die Bedenken der Fachdienststelle wurde reagiert.

GR Muigg gibt bekannt, dass durch den Raumordnungsausschuss versucht wurde das Maximum des Möglichen mit dem ÖEK zu erreichen. Er lobt das kollegiale Arbeitsklima im Ausschuss und die fachlich brillante Arbeit von DI Poppinger

GV Franz Standl ruft in Erinnerung, dass am Mittwoch ein Spatenstich im Betriebsbaugebiet stattgefunden hat. Die anwesenden Teilnehmer, welche sich in der Gemeinde ansiedeln wollen, sind von der Entwicklung in der Gemeinde begeistert. Die Erstellung des ÖEK hat Mut gebraucht und man konnte nicht immer den Weg des geringsten Widerstands beschreiten. Er sorgt sich um die Rückläufigkeit der Wohnbevölkerung in der Gemeinde seit 2001. Dies sollte seiner Meinung nach nicht sein. Er zitiert den Bezirkshauptmann von Schärding, Dr. Greiner, in einem Interview zur Zukunft des Bezirkes: „Es muss Infrastruktur geschaffen werden, es müssen genügend Baugründe zur Verfügung stehen um es jungen Familien möglich zu machen, sich anzusiedeln. Das ist neben dem wirtschaftlichen Aspekt die Voraussetzung, dass das Gesellschaftsleben in der Gemeinde gut funktioniert.“ Dies sollte auch in der Gemeinde Lengau gelten. Er hat daher große Hoffnungen in die Erstellung des ÖEK gesetzt. Es hat auch gut begonnen, u.a. mit der Befragung der Bevölkerung. Er lobt in diesem Zusammenhang ebenfalls die Arbeit des Bauausschusses und des Architekten.

Dann kam für ihn das böse Erwachen. Er kritisiert die lange Wartezeit bei den Fachdienststellen des Landes. Er ist der Meinung, dass sich auch Beamte des Landes an Termine zu halten haben. Von über 60 Anregungen wurden 28 abgelehnt. Geärgert hat ihn die extrem überhebliche Art der Beamten, als diese in der Gemeinde waren. Das ist seiner Meinung nach nicht akzeptabel. Er sieht teilweise willkürliche Entscheidung der zuständigen Fachbeamten. Das Argument des Baulandüberschusses lässt er nicht gelten. Er kritisiert den Verfahrensablauf und fordert mehr Gestaltungsmöglichkeiten in und für die Gemeinde. Wo die Entscheidungen getroffen werden, sollen sie auch umgesetzt werden. Aus den angeführten Gründen kündigt er an, dass er gegen das ÖEK stimmen wird. Das ist seine persönliche Meinung und hat nichts mit der Entscheidung der Fraktion zu tun. Hier kann jeder selbst entscheiden, wie er abstimmt. Er möchte abschließend feststellen, dass er nicht gegen das ÖEK stimmt, weil er gegen die Umwidmungen ist, sondern weil ihm zu wenig passiert ist.

BM Rippl weist ebenfalls darauf hin, dass versucht wurde möglichst viel umzusetzen. Er sieht aber auch die Aufgaben des Landes. Es ist immer eine Sache, welche mit Kompromissen zu tun hat.

GR Winkelmeier lobt ebenfalls die gute Arbeit im Bauausschuss bei der Erstellung des ÖEK. Er bemängelt jedoch folgende Punkte:

Die Abgabe der Stellungnahme des BWG wurde zu wenig gewürdigt. Er vermisst eine generelle Diskussion über die übergeordneten Ziele der Entwicklung der Gemeinde. Es hat eine Information der Bevölkerung stattgefunden, aber keine Einbindung dieser. Seiner Meinung nach ist zu viel Wert auf die Ausweisung von Betriebsbaugebieten gelegt worden. Möglichkeiten für die Ansiedlung von Kleinbetrieben in Friedburg (Beispiel Schinagl) wurden nicht geschaffen. Er kündigt an, sich dem Beschluss ebenfalls nicht anzuschließen. Er vertritt gegen die Meinung seines Vorredners GV Standl die Ansicht, dass zu viel Bauland ausgewiesen ist. Die Stellungnahmen der Fachdienststellen wurden intensiv diskutiert und versucht einen Kompromiss mit den Fachdienststellen zu finden. Bei den Umwidmungen Stangl, Flörlplain und Schinagl, Lengau sieht er die Stellungnahmen des Landes grob verletzt. Bei fünf bis sechs gleichgelagerten Änderungen wurde anders entschieden. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die massive Intervention des Bürgermeisters im Bauausschuss in einem konkreten Fall. Das ist der Grund, warum er trotz der guten fachlichen Arbeit, diesen Beschluss nicht mittragen kann. Durch den Bürgermeister wird diese Behauptung zurückgewiesen. Er hat im Hinblick auf die Umwidmung Stangl auf die Wirtschaftlichkeit der durchgeführten Kanalinvestition und die Aufschließungskosten und Verkehrsflächenbeiträge für die Gemeinde hingewiesen. Aus diesem Grund hat er sich im Bauausschuss eingebracht.

GR Voggenberger kritisiert die Umwidmungen in Holz und Igelsberg, die auf einer Straßenseite möglich und schräg auf der anderen Seite der Straße nicht möglich sind. Hier kann man den Herrschaften vom Land sehr wohl sagen, dass das keine sachliche Interpretation des ganzen Objektes ist. Solche Entscheidungen versteht die Bevölkerung nicht.

Auch ist für ihn klar, dass die Leute zum Bürgermeister kommen, weil man ein Grundstück für die Kinder umgewidmet haben will. Er ist erste Anlaufstelle auf der Gemeinde. Man versucht hier etwas zu erreichen. Hier kann man niemand einen Vorwurf machen.

Die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass Sachen wo es geheißen hat das ist unmöglich, fünf Jahre später genehmigt wurden. Diese überheblich Art, wie es hier passiert ist, das kann nicht sein. Die Beamten gehen am Abend vom Büro hinaus und werden für jeden Beistrich bezahlt, dann sollen sie sich auch so benehmen, wie es sich gehört.

Der BM stellt den

A n t r a g

gemäß § 33 Abs. 3 OÖ ROG den vorliegenden Flächenwidmungsplan mit ÖEK und Textteil des DI Poppinger zu genehmigen. Die Einwendungen von Frau Fuchs und Herrn Ing. Pidner werden zur Kenntnis genommen, obwohl sie außerhalb der Einwendungsfrist eingebracht wurden. Bei Baulandausweisungen im Flächenwidmungsplan über 1.000 m² ist ein Verkehrskonzept durch den Widmungswerber vorzulegen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 21

4 Nein (BWG-Fraktion, GV Standl)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

Der BM bedankt sich nochmals bei DI Poppinger für seine Arbeit und seine Teilnahme an der heutigen Sitzung und verabschiedet ihn.

2. Genehmigung des Pachtvertrages mit der Österr. Bundesforste AG

Der BM ruft in Erinnerung, dass in der Sitzung des Gemeinderates am 13.12.2012 die Anpachtung einer Teilfläche des Gst.Nr. 985/4 (1.658 m²) beschlossen wurde. Der dafür erstellte Pachtvertrag ist den Fraktionen zugegangen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den vorliegenden Pachtvertrag (**ANLAGE 4**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung des Kaufvertrages mit ÖBB bezüglich Gst. Nr. 985/4 und Teilfläche 985/20, KG Krenwald

Der BM führt aus, dass in der Sitzung des Gemeinderates grundsätzlich der Ankauf einer Teilfläche des Gst.Nr. 985/4 und 985/20 (ca. 1.652 m²) beschlossen wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

die vorliegenden Kaufvereinbarung (**ANLAGE 5**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung eines Pachtvertrages und Grundtausches mit Fam. Anglberger a) Pachtvertrag Bahntrasse

Der BM informiert, dass durch Herrn Anglberger um Pachtung der ehemaligen Bahntrasse im Bereich seiner Liegenschaften ersucht wurde. Durch die Bezirksbauernkammer Braunau wurde ein diesbezüglicher Pachtvertrag (**ANLAGE 6**) erstellt, der den Fraktionen zugegangen ist.

Durch Herrn Anglberger wurde bei einer Besprechung am 18.04.2013 gefordert, dass

- die Pachtfläche sowohl für Hofzufahrt als auch für Lagerflächen und als Wiese genutzt werden können,
- ein Vorkaufsrecht für diese Flächen zu seinen Gunsten eingeräumt wird und
- ein Kündigungsverzicht des Pachtvertrages vereinbart wird solange, die Pachtfläche nicht für Straßenbauvorhaben benötigt wird.

GV Weber tritt dafür ein, die einzelnen Punkte, die die Familie Anglberger betreffen (Bahntrasse, Kühbichler Straße und Verlegung der Römerstraße), stark zu trennen. Es soll darauf geachtet werden, dass nach 30 Jahren kein ersessenes Recht entsteht (Abklärung durch Rechtsanwalt). Auch das Vorkaufsrecht und den Kündigungsverzicht sieht er problematisch.

Der BM weist auf die laufenden Probleme an der Kühbichler Straße hin. Er spricht sich dafür aus, einen Konsens zu finden (z.B.: Kündigungsfrist fünf Jahre), damit die Probleme mit der Kühbichler Straße endlich gelöst werden können.

GR Muigg merkt an, dass die Festlegung der Nutzung unlogisch ist, da er in der ursprünglichen Fassung eine uneingeschränkte Nutzung hatte. Vorkaufsrecht: Er geht davon aus, dass ein Verkauf für die Gemeinde derzeit kein Thema ist und daher ein Vorkaufsrecht kein Problem darstellt. Der Kündigungsverzicht ist für ihn vorstellbar.

Auch GV Standl spricht sich für eine Lösung in dieser Sache aus und informiert, dass durch die Kammer Pachtverträge generell nur für ein Jahr erstellt werden.

GR Voggenberger weist darauf hin, dass im Zuge von Straßenbaumaßnahmen durch das Land Ausgleichsflächen gefordert werden.

VBM Reitsamer bedankt sich bei Lochner Manfred dafür, dass er den Spagat zwischen Anglberger und Gemeinde in dieser verfahrenen Situation geschafft hat. Er hat mit keinem der geforderten Punkte ein Problem. Er ersucht um Zustimmung, da eine Lösung in dieser Angelegenheit wichtig ist.

GR Winkelmeier spricht sich ebenfalls für eine Lösung der Angelegenheit aus. Einjahrespachtverträge gibt es nur, wenn auf dem Grundstück nichts passiert. Er kann sich auch einen längeren Kündigungsverzicht vorstellen (10 – 15 Jahre), da durch den Pächter entsprechende Aufwendungen erforderlich sind.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den vorliegenden Pachtvertrag (**ANLAGE 6**) zu genehmigen, sofern der Grundtausch unter lit. b) zustande kommt.

Folgenden Forderungen von Herrn Anglberger wird zugestimmt:

- die Pachtfläche sowohl für Hofzufahrt als auch für Lagerflächen und als Wiese genutzt werden können,
- ein Vorkaufsrecht für diese Flächen zu seinen Gunsten eingeräumt wird und
- ein Kündigungsverzicht des Pachtvertrages für fünf Jahre vereinbart wird max. solange die Pachtfläche nicht für Straßenbauvorhaben benötigt wird.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

b) Grundtausch Kühbichlerstraße

Der BM ruft in Erinnerung, dass es jahrelange Diskussionen um eine Verbreiterung der Kühbichlerstraße im Bereich der Liegenschaft Anglberger gegeben hat. In der Zwischenzeit wurde eine Einigung dahingehend erzielt, dass die Familie Anglberger einer Verbreiterung der Kühbichlerstraße im Bereich des Gst.Nr. 800 im Ausmaß von 1,20 m (= ca. 206 m²) zustimmt. Im Gegenzug wird das öffentliche Wegegrundstück Nr. 999 im Bereich Gst.Nr. 794/795 bis zur ehemaligen Bahntrasse aufgelassen und flächengleich (Verhältnis 1:1) eingetauscht. Die Mehrflächen werden durch die Familie Anglberger zum Preis von € 7,00 käuflich erworben.

GV Weber informiert, dass es verschiedene Meinungen in der Fraktion gibt. Manche sprechen sich dafür aus, dass die gesamte Fläche des Gst.Nr. 999, welche aufgelassen werden soll, zur Gänze für eine Verbreiterung der Kühbichler Straße genutzt werden soll. Es soll 1:1 getauscht werden. Er ist der Meinung, dass diese Chance genutzt werden soll um eine Verbreiterung der Straße zu erreichen. Dazu stellt der BM fest, dass ein 1:1 Tausch nicht möglich sein wird. Man soll es nicht schwieriger machen, als es ist. Man hat die Möglichkeit dass die Straße 6 m breit hergestellt werden kann.

GR Voggenberger sieht sich durch die Forderungen von Herrn Anglberger erpresst. Er weist darauf hin, dass bereits Grundstücke an ihn im Verhältnis 1:5 getauscht wurden. Bei ihm persönlich geht nur ein 1:1 Tausch. Man kann sich als Gemeinde nichts hinaufdiktieren lassen nur damit Frieden ist.

Der BM sieht eine weitere Verbreiterung der Kühbichler Straße für vorteilhaft, aber derzeit nicht für realisierbar, da bei den anderen Grundstücksbesitzern keine Möglichkeit zum Kauf besteht.

GR Muigg vertritt die Ansicht, dass er für eine größere Verbreiterung im Bauausschuss eingetreten ist. Auf beiden Seiten der Straße wird tief geackert, dass die Fahrbahnbreite nicht sechs Meter erreicht. Er schlägt daher vor, nur die Fläche 1:1 einzutauschen. Die Restfläche soll zurückgehalten werden. Bei einem Tausch verliert die Familie Anglberger keinen Grund.

GR Schinwald Josef spricht sich für eine Lösung und eine Verbreiterung aus Gründen der Verkehrssicherheit aus (Radweg).

GR Winkelmeier ruft in Erinnerung, dass bereits mehrmals entlang von Straßen überhöhte Preise gezahlt wurden. Er sieht hier nicht nur Herrn Anglberger als Sündenbock. Es muss auch an die anderen Grundbesitzer herangetreten werden.

GR Muigg erinnert, dass bereits unter BM Trischitz versucht wurde die Straße zu verbreitern. Diese Verhandlungen wurden damals durch Anglberger zu Fall gebracht.

GR Schinwald schlägt vor die Differenzfläche von ca. 380 m² im Verhältnis 1:2 einzutauschen.

VBM Reitsamer plädiert nochmals dafür diese Chance wahrzunehmen und die Straße zu verbreitern.

GR Voggenberger vertritt die Ansicht, dass durch die Fam. Anglberger keine Entgegenkommen zu erwarten ist, wenn er diese Fläche zur Gänze erhält.

GR Muigg weist darauf hin, dass die Fahrbahnbreite von 6 m nicht erreicht werden kann, wenn nur 1,2 m eingetauscht werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den o.a. Grundtausch zu genehmigen, wenn mind. 1,20 m abgetreten wird und eine Breite von mind. 6,0 m erreicht wird. Die Differenzfläche von ca. 380 m² soll im Verhältnis 1:2 eingetauscht werden. Ansonsten ist die Restfläche um € 7,50 pro m² anzubieten und die beiliegende Verordnung über die teilweise Auflassung des Wegegrundstückes 999 zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

5. Verlegung Alte Römerstraße – Beschluss einer Verordnung

Der BM informiert, dass die Alte Römerstraße zwischen Schwöll und Gewerbestraße Richtung Bahn verlegt werden soll. Ein diesbezüglicher Lageplan des TB Berger (**ANLAGE 7**) ist den Fraktionen zugegangen. Derzeit ist die Zustimmung von Herrn Anglberger noch ausständig. Er zeigt sich optimistisch, dass diese noch erfolgt.

GR Winkelmeier erkundigt sich ob ein Bahnanschluss für das Betriebsbaugebiet möglich wird. Dies wird durch den BM bestätigt.

GV Standl berichtet, dass ihm Herr Anglberger mitgeteilt hat, dass eine Verlegung der Alten Römerstraße nicht in Frage kommt. Er vertritt die Ansicht, dass dies auch einen Nutzen für ihn bringt. Im Hinblick auf die neue Zusammenarbeit wäre seines Erachtens eine Straßenverlegung zu erwarten.

GR Voggenberger spricht sich für eine Verknüpfung der drei Angelegenheiten Anglberger aus, da Herr Anglberger diese Vereinbarung noch nicht unterschrieben hat. Er erwartet einen erheblichen finanziellen Nachteil für die Gemeinde durch diese Vorgangsweise.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

eine Verordnung gemäß § 11 Abs. 1 OÖ Straßengesetz aufgrund des Lageplanes des TB Berger zu beschließen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

6. Entscheidung über die Übernahme einer Teilfläche des Gst.Nr. 582/14, KG Heiligenstatt

Der BM ruft in Erinnerung, dass in der letzten Sitzung des Gemeinderates am 8.2.2013 beschlossen wurde, das Gst.Nr. 582/14, KG Heiligenstatt, in das öffentliche Gut – Straßen und Wege – zu übernehmen, sofern durch die Grundanrainer ein Kostenbeitrag von € 17.000.—übernommen wird. Durch die Anrainer wurde das Gst.Nr. 582/14 auf 88 m² verringert und werden die einzelnen Baugrundstücke durch Geh- und Fahrtrechte erschlossen. Durch den Bauausschuss wurde eine Übernahme der Fläche von 88 m² empfohlen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

das Gst.Nr. 582/14, KG Heiligenstatt, im Ausmaß von 88 m² in das öffentliche Gut – Straßen und Wege – zu übernehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

GR Schinwald nicht anwesend.

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

7. Festlegung des Straßenbauprogrammes und des Kanalbauprogrammes 2013

Der BM informiert, dass durch den Bauausschuss am 09.03.2013 eine Bereisung der Gemeindestraßen stattgefunden hat. In der Sitzung des Bauausschusses am 02.04.2013 wurde ein Vorschlag für das Straßenbauprogramm 2013 (**ANLAGE 8**) und das Kanalbauprogramm 2013 (**ANLAGE 9**) erstellt, welcher den Fraktionen zugegangen ist. Er bedankt sich beim Bauausschuss für die Bereisung und die Vorberatung.

GR Muigg bedankt sich für das Lob und verweist auf die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel.

VBM Reitsamer lobt ebenfalls die Arbeit des Bauausschusses und verweist auf die Straßen in der Steiermark (Weng im Gesäuse und Umgebung), welche einen katastrophalen Zustand aufweisen.

GR Schinwald regt eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der L 1044 im Bereich der Rautalstraße an.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

das Straßenbauprogramm 2013 und das Kanalbauprogramm 2013 entsprechend dem Vorschlag des Bauausschusses zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

8. Änderung der Einheitssatzverordnung für die Berechnung der Verkehrsflächenbeiträge

Der BM informiert, dass das Amt der OÖ Landesregierung als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 08.03.2013 angekündigt hat, die vorgelegte Einheitssatzverordnung zu beheben, da der beschlossene Einheitssatz als zu hoch angesehen wird und die Ausnahme für das Betriebsbaugebiet als unzulässig angesehen wird.

Bei einer persönlichen Rücksprache wird ein max. Einheitssatz von € 97,-- als genehmigungsfähig angesehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

die Einheitssatzverordnung für die Vorschreibung von Verkehrsflächenbeiträgen entsprechend dem vorliegenden Entwurf (**ANLAGE 10**) zu genehmigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

9. Entscheidung über die Teilnahme der Gemeinde Lengau über die aktive Teilnahme an der Entwicklung der Regionsstrategie für die Bewerbung „LEADER 2014-2020“.

Der BM informiert über die Veranstaltung am 6.4.2013 in Neukirchen an der Enknach und die Voraussetzungen für die Teilnahme an „Leader 2014 bis 2020“ und spricht sich generell für die Teilnahme aus. Die Gelder sollen anders als bisher aufgeteilt werden. Derzeit gibt es 9 Felder. € 132.000,-- wurden an Fördermittel in die Gemeinde zurückgebracht. Er erachtet es als wichtig, dass alle Fraktionen sich einbringen. Er fordert die anderen Fraktionen auf eine(n) TeilnehmerIn und einen Stellvertreter namhaft zu machen. Als Vertreter der SPÖ soll GV Michael Reitmann und als Ersatz VBM Reitsamer teilnehmen.

GV Weber gibt bekannt, dass die Periode 2007 bis 2013 abgelaufen ist. Es hat bereits damals Diskussionen gegeben, ob die Gemeinde Lengau teilnehmen soll. Er empfindet es als fahrlässig wenn die Gemeinde Lengau an der Strategieentwicklung nicht teilnehmen würde.

GV Standl schließt sich der Aussage des Vorredners an. Er zeigt sich mit den bisherigen Ergebnissen nicht begeistert. Nachdem sich das ändern soll spricht er sich für eine Teilnahme aus. Als Teilnehmer schlägt er GV Weber vor. Ein Ersatz wird noch namhaft gemacht.

GR Winkelmeier spricht sich für eine Teilnahme aus und kündigt die Namhaftmachung der Teilnehmer an. Durch die FPÖ-Fraktion werden ebenfalls Teilnehmer zugesagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

an der Entwicklung der Regionsstrategie für die Bewerbung LEADER 2014-2020 teilzunehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

10. Entscheidung über die weitere Mitgliedschaft in der Inn-Salzach-Euregio

Der BM informiert, dass bei der letzten Versammlung nur 16 von 46 Gemeinden des Bezirkes vertreten waren. Der Jahresbeitrag beträgt ca. € 1.200.--. Die Leistungen von Inn-Salzach-Euregio sollen in Zukunft durch LEADER abgedeckt werden.

GV Weber sieht das Problem, dass es verschiedene Türen zu EU-Fördertöpfen gibt. In der neuen Leader-Periode soll dies durch LEADER abgedeckt sein, wobei € 1,60 pro Einwohner einzuzahlen sind.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

die Mitgliedschaft in der Inn-Salzach-Euregio zu kündigen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 23

1 Nein (GR Winkelmeier)

1 Enthaltung (GV Weber)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

11. Bestellung eines Pflichtbereichskommandanten und eines Stellvertreters

Der BM gibt bekannt, dass am 27.03.2013 eine Besprechung mit den Mitgliedern der Feuerwehrkommandanten der Gemeindefeuerwehren stattgefunden hat. Dabei wurde Herr Duft Franz als Pflichtbereichskommandant und Herr Schinwald Johann als Pflichtbereichskommandant-Stellvertreter vorgeschlagen.

GV Standl bedankt sich bei allen Mitgliedern der Feuerwehrkommandos für die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen.

BM Rippl informiert, dass bei der Besprechung mit den Kommanden angeregt wurde, für Schulungen außerhalb von Linz und für Servicearbeiten an den Feuerwehrfahrzeugen die Kosten zu übernehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der VBM den

A n t r a g

Herrn Franz Duft als Pflichtbereichskommandant und Herrn Johann Schinwald als Pflichtbereichskommandant-Stellvertreter zu bestellen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 24 Ja

BM Rippl bei Abstimmung nicht anwesend.

B e s c h l u s s

Der Antrag des VBM wird einstimmig genehmigt.

12. Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Gehsteiges entlang der B 147 beim Dienstleistungszentrum Friedburg

Der BM gibt bekannt, dass im Zuge der Errichtung des Dienstleistungszentrum Friedburg (Raiffeisenbank, Musikprobelokal usw.) die Errichtung eines Gehsteiges mitgeplant wurde. Er vertritt die Ansicht, dass durch die Errichtung dieses Gehsteiges im Bereich des Dienstleistungszentrums ein Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet wird und spricht er sich daher für die Fassung eines Grundsatzbeschlusses aus.

GR Voggenberger regt an eine Abbiegespur anzudenken.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

einen Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Gehsteiges entlang der B 147 im Bereich des Dienstleistungszentrums Friedburg auf Gst.Nr. 109/2, KG Friedburg, zu fassen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

13. Antrag ÖVP auf Sicherung am Weg zum Kindergarten und zur Schule

GV Michael Weber verliest den Antrag der ÖVP (**ANLAGE 11**) und erläutert, dass der Straßenbereich Kindergarten und Schule keine Straßenbeleuchtung aufweist. Er regt an die Straße im Bereich der LAWOG zu verbreitern.

Bei der VS Lengau wurde ein Weg von der VS Richtung Rosengarten vorgeschlagen. Ein Radweg von Lengau Richtung Friedburg wurde heute bereits durch GR Schinwald vorgeschlagen. Die Lichtpunkte in Lengau sind seiner Ansicht nach nicht ausreichend und sollten entsprechend verdichtet werden. Er regt eine Behandlung im Kindergartenausschuss an.

Der BM führt aus, dass es Gespräche mit den Familien Bamberger und Giezinger über die Anlegung eines Weges zwischen Volksschule und Rosengarten gab. Er räumt ein, dass viele Gehwege und Gehsteige erforderlich sind. Derzeit wird am Projekt Alter Markt gearbeitet. Er gibt bekannt, dass in den letzten Jahren über € 2.000.000,- in die Errichtung von Gehsteigen investiert wurde. Im Jahr 2010 wurde durch den Bauausschuss ein Vorschlag über die Straßenbeleuchtung im gesamten Gemeindegebiet erarbeitet. Er spricht sich für eine Erweiterung der Straßenbeleuchtung aus. Bisher wurden über € 500.000,- investiert. Er spricht sich daher für eine Behandlung dieser Angelegenheit im Bauausschuss aus.

VBM Reitsamer sieht ebenfalls die Zuständigkeit im Bauausschuss und spricht sich dann für den Antrag aus.

GR Winkelmeier kann sich eine Behandlung auch in beiden Ausschüssen vorstellen. Die Problemerkhebung soll im Kindergartenausschuss stattfinden.

GR Reitmann spricht sich dafür aus, Wünsche im Kindergartenausschuss entgegenzunehmen. Die Planung soll jedoch im Bauausschuss erfolgen.

GV Weber schließt sich der Wortmeldung von GR Winkelmeier an, da der Antrag in dieser Form gedacht war. Die Durchführung obliegt dem Bauausschuss.

VBM Reitsamer kann sich eine Zustimmung nicht vorstellen, da im Antrag nicht nur Aufgaben im Zusammenhang von Schulen und Kindergärten beinhaltet sind.

Der BM schlägt vor, durch den Kindergartenausschuss Verbesserungsmöglichkeiten zu erheben und diese Anregungen dann an den Amtsleiter und den Bauausschuss weiterzugeben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM folgenden

A n t r a g

Die Erweiterung der Straßenbeleuchtung in Friedburg, Lengau und Schneegattern soll überarbeitet und geprüft werden. Durch den Kindergartenausschuss sollen Verbesserungsmöglichkeiten für die Sicherheit der Kinder und der Bevölkerung erhoben werden und diese Anregungen dann an den Amtsleiter für die weitere Beratung im Bauausschuss weitergegeben werden.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

14. SPÖ-Fraktion – Nachwahl eines Mitgliedes und Wahl eines Obmannes für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Zukunft

Der BM informiert, dass Herr Duft Franz sein Mandat als Ersatzmitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie und Zukunft zurückgelegt hat und Herr Reitsamer Robert sein Mandat als Obmann und Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Energie und Zukunft zurückgelegt hat.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g an die abstimmungsberechtigten Mitglieder der SPÖ-Fraktion

Herrn BM Erich Rippl als Mitglied und Obmann des Ausschusses für Umwelt, Energie und Zukunft und Herrn Reitsamer Robert als Ersatzmitglied des Ausschusses für Umwelt, Energie und Zukunft zu wählen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 13 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

15. Allfälliges

Anfragen:

- VBM Reitsamer informiert, dass am 17.05.2013 eine Öffentlichkeitsveranstaltung Klimabündnis stattfindet und lädt alle Gemeinderäte herzlich ein.
- GR Winkelmeier erkundigt sich über die Heizung beim Kindergartenneubau in Lengau. Durch den BM wird ausgeführt, dass derzeit die Prüfungen durch TB Burggraf laufen.
- GR Winkelmeier informiert, dass das alte Forstamt in Friedburg weggerissen wurde. Er erachtet dieses Bauwerk als kulturell wertvoll und regt an die Besitzer dahingehend zu informieren. Der BM verweist darauf, dass das Gebäude nicht unter Denkmalschutz steht.
- GR Winkelmeier informiert sich, betreffend der Frist des per Email eingebrachten Einspruchs von Ing. Pidner.

Berichte des BM:

- Der BM informiert, dass es letzte Woche eine Besprechung mit den betroffenen Grundeigentümern gegeben hat. Die Zufahrt Rautalstraße soll als Güterweg für die zukünftige Hofzufahrt Klinger genutzt werden.
- Am 25.04.2013 findet eine Ausschusssitzung zum Thema Klimabündnis mit Interessierten statt, um einen Arbeitskreis zu bilden. Am 17.05.2013 soll die Öffentlichkeitsveranstaltung stattfinden.

- Er informiert über die Vorsprache der ÖBB betreffend die Sanierung der Eisenbahnkreuzungen im Gemeindegebiet. Die Eisenbahnkreuzungen sind dabei teilweise gesperrt. Er rechnet daher mit entsprechenden Verkehrsbeeinträchtigungen. Es gibt bereits Gespräche über eine Elektrifizierung bis Braunau und er rechnet daher mit einer besseren Bahnverbindung.
- Er informiert über die Anfrage der Polizeidienststelle betreffend einer Übersiedlung der Polizeiinspektion in das Erdgeschoss. Bei einer Besprechung mit GI Rechberger wurde mitgeteilt, dass der derzeitige Polizeiposten mit Vergrößerung um das Archiv ausreichend ist, wenn ein barrierefreier Zugang geschaffen wird. Die baulichen Maßnahmen, welche eine Verlegung nach sich ziehen würden, könnte durch die Miete nicht hereingebracht werden. Durch den LPD Pilschl konnten keine Aussagen über evtl. Strukturänderungen für die Zukunft gemacht werden.
- Im Landtag wurde am 18.04.2013 eine Anfrage an den LH über die Sprengelzusammenlegung im Bezirk Braunau der diensthabenden Ärzte gerichtet (14 Gemeinden für einen Sprengel, das sind ca. 30.000 Einwohner). Er hofft, dass es zu keinen weiteren Zusammenlegungen kommen wird.
- In der letzten SHV-Sitzung wurde u.a. auf die enorme Kostensteigerung im Jugendwohlfahrtsbereich hingewiesen. Er verdeutlicht dies mit Beispielen.
- Er informiert über die Besprechung am 19.04.2013 in Linz über die weitere Vorgangsweise bezüglich Alten- und Pflegeheim. Festgelegt wurde der Spatenstich 2013 in Eggelsberg, und Oktober/November 2014 in Friedburg. Derzeit wird eine Vermessung durchgeführt und im Juni soll eine Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgen.
- Am 20.04.2013 findet das Konzert des MGV-Friedburg statt, wozu alle GR-Mitglieder herzlich eingeladen sind.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 08.02.2013 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22.00 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

.....
(Schriftführer)

(Gemeinderat)

.....
(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 27.06.2013 keine Einwendungen^{*} erhoben wurden , über die erhobenen Einwendungen^{*} der beigeheftete Beschluss gefasst wurde .

Lengau, am 28.06.2013

Der Vorsitzende:

* Nichtzutreffendes streichen

.....